

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Verlagskontor: Ed. St. S. Dresden,  
Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, A.-G. Dresden,  
Gebr. Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis: Vierteljahr 1 Mark, halbjährlich 2 Mark, jährlich 4 Mark. Einzelhefte 10 Pf. Fernsprechanzeige: Dresden Nr. 1298

Schriftleitung: Weinbergstr. 10, Dresden Nr. 2531  
Verlagsdruckerei: Weinbergstr. 10, Dresden Nr. 2531 und 1271  
Verlagsort: Dresden, im März 1928

Abonnementspreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatshefte  
Nr. 1 bis 12 für 30 Pf., die 30 mm breite Monatshefte  
Nr. 13 bis 24 für 30 Pf., die 30 mm breite Monatshefte  
Nr. 25 bis 36 für 30 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Fernsprechanzeige: Dresden  
Nr. 1298

Nr. 69

Dresden, Mittwoch den 21. März 1928

39. Jahrg.

## Bauernkrieg als Wahlparole

### Der Landbund gegen die Republik

Von M. Tempel, M. d. R.

Der Landbund macht mobil. Seine Bataillone marschieren in die Städte. Je näher die Wahlen, um so lauter die Fanfaren. In Pritzsch — erschütternd! — klingen Fensterrufen und Reichsadler aufs Strohpflaster. In Welzen mobilisiert man gegen den preussischen „Gottentotensaat“. In Berlin verhandeln Deputierten die preussischen Minister anlässlich der Wahl. Der Chor der Landbündler variiert in allen Lokalen das ammutige Thema: „Wehe den Knechtchen der Revolution, wenn der Bauer aufsteht!“ Und die Hütten der Bauern sollen übermorgen die Weiße Armee des Landbundes aufgeben werden.

Politische Wanditen völkischer Färbung — längst vergriffen und halb verwest — wittern neuen Anruf und Frieden über ihren Gräbern heraus. Wo Rot ist — und Rot ist — gibt es keinen Grundbesitzer auf dem Lande —, winken ihnen Heil. Überall schwellt es, und alles, was das neue Zeitalter haßt, bläst die Funken und schüttet Öl hinzu. Die Republik erstickt sich endlich einmal der Brand, an dem man die Republik lebendigen Leibes rösten kann! Der Wasserbrand, den der amtliche Preussische Pressedienst dieser Tage den bösen Köpfen um die Ohren wie, war notwendig. Vertikal sind die nachgeordneten Behörden nicht etwa unparteiisch.

Es ist in den Generalstüben des Bauernkrieges nicht um die Agrarfrage, nicht um Bauernfragen zu tun. Das läßt sie nicht. Es geht um die Macht im Staat. Der Wahlkampf ist das Nennen um den Staatsapparat. Es hat bislang an einer Wahlparole gefehlt. Dem Wettergott sei Dank: jetzt ist sie da: Bauern in Rot! Nieder mit der Republik! Macht dem Lande! Doch in dieser Republik der Landbund selbst die Partei stellte.

Bauernkrieg? Man denkt vierhundert Jahre zurück. An den „Bundschuh“. Den „Armen Konrad“. An Thomas Müntzer und Florian Geyer. An die Zeit, da die Ritterkriegen aufstammten. Und an jenes Jahr, da die Stunde der Runder Tischer Bauernblut seufzen durften, soviel sie immer wollten. Tausend Jahre hat der Bauer mit den Herren um seinen Boden gerungen. Bis er, der ehemals Freie, hörig und leibeigen geworden war. Adel und Fürsten, die Hohenherren im Osten voran, haben ihn jahrhundertlang gequält.

Heute hat der Bauer, so scheint es, seine Geschichte vergessen. Seine Kampfparole heißen nicht mehr Thomas Müntzer und Florian Geyer, sondern im Osten Baron Richthofen und Graf Seydewitz, im Westen Freiherr von Loeb und Freiherr von Hüningf. Der Feudaladel führt die Bauernrebellion.

Er führt sie nicht nur; er macht sie auch. Er sieht, daß die neue Ordnung der Dinge seine Existenz aufhebt. Die Demokratie, das ist der Tod des Junkertums. Ein Ende seiner politischen Macht nach dem andern ist weg-

gebrochen oder steht vor dem Abbruch: die Monarchie, das Herrenhaus, das Klassenwahlrecht, die Armee, das Korps. Ein leeres Symbol fällt gerade in diesen Wochen: der Gutsbezirk.

Heute nun wülfelt man um sein wirtschaftliches Schicksal: um die Existenz des Großgrundbesitzes. Zwar ist immer noch ein Fünftel des deutschen Bodens Großbesitz. In den östlichen Provinzen Preußens sogar 40 Prozent. In Pommern 70 Prozent. Aber dies starke Erbe des Mittelalters ist bedroht. Hunderte von großen Gütern in Ostelbien — wenn nicht noch mehr — stehen unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Die nüchternen Zahlen des Vorberichtes, den der amtliche Enquete-Kommission über die Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft erstattet hat, enthalten ein Todesurteil für zahllose Herrenhöfe. In Schlesien, Brandenburg und Pommern sind ein Drittel und mehr der unterworfenen Betriebe hoch- und überverkauft, in Ostpreußen fast drei Viertel. Darunter 12 Prozent mit mehr als 100 Prozent des Einheitswertes! Hier steht eine beispiellose Katastrophe auf dem Gütermarkt bevor.

Was Wunder, daß der Adel revoltiert. Jahshundert hindurch war er Gebieter und Befehliger. Jetzt wendet sich die ganze Kraft seiner hochgeschützten Herreninstanz gegen den Staat, der ihm zunächst seine Privilegien entzieht und nun — unterhört! — sich weigert, ihm seinen Besitz zu retten. Weg mit dieser Republik! Bauer, hilf dem Adel gegen die Demokratie kämpfen! Demokratie ist Sozialismus. Sozialismus ist Enteignung des Bodens. Mein Schicksal wird auch dein Schicksal sein.

Der Großbauer leistet willig Gehorsam. Seine Abneigung gegen den demokratischen Staat ist vorläufig durchweg kaum milder stark als die des Feudalherren. Das neue Deutschland müdet ihm zu, seine Landarbeiter, seine Knechte und seine Mägde als gleichberechtigt anzusehen. Ihn, der schon auf das betriebliche Gewimmel der Händler und Köfer geringschätzig herabsieht, wenn er in elegantem Dogart, über das Holperpflaster der Landstadt fährt, um den Pastor, Arzt, Pastor oder Anwalt aufzusuchen. Was ist das für ein Staat, der ihm vorschreibt, seinem Knecht und seiner Magd im Winter einen geheizten Aufenthaltsraum zur Verfügung zu stellen! Mögen sie in den Stall gehen, wenn es kalt ist! So war es, und so soll es bleiben.

Dazu die dreimal verdamnte Arbeitslosenversicherung. Bis jetzt konnte man im Winter für 8, 9 und 10 Mark Wodentlohn Landarbeiter haben, soviel man immer wollte. Heute muß man ihnen Löhne bieten wie in der Stadt, oder sie gehen hungernd. Der Baron Richthofen hat schon recht, wenn er diese Versicherung eine perverse Plage nennt.

Dazu die Steuern! Vor dem Kriege zahlte man den niedrigsten Satz, sechs Mark. Damit gut. Heute machen einen die Steuern kaputt. Zwar hat der Reichsfinanzminister Dr. Köhler neulich im Haushaltsauschuss des Reichstags erklärt, daß im Etatsjahr 1926/1927 von den gesamten Reichseinkommensteuern

im Betrage von 2500 Millionen Mark die Landwirtschaft nur 87 Millionen Mark, gleich drei Prozent, aufgebracht habe, und der preussische Finanzminister Göpfer-Schöf gab bekannt, in Preußen seien von der Landwirtschaft im gleichen Zeitraum 79 Millionen Mark Grundsteuern eingekassiert worden, zugleich aber habe sie 88 Millionen Mark als Unterstützung zurückgehalten. Und eine erste Autorität des Reichsfinanzministeriums hat die gesamten Steuern der Landwirtschaft (Einkommen-, Umsatz-, Vermögens-, Landes- und Gemeindesteuern) auf 620 Millionen Mark im Jahre berechnet, gegenüber 5 Milliarden Mark Gesamtbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger. Aber das braucht man nicht zu wissen oder nicht zu beachten.

Was gehen den Großbauer die anderen an! Er lebt für sich. In der Abgrenztheit seines Hofes sind seine sozialen Instinkte viel mehr verkümmert als die der Städter, die auf Schritt und Treit sich der Allgemeinheit verbunden sehen. So demonstriert er heute aus heftiger Abneigung gegen einen Staat, dessen demokratische und soziale Tendenzen ihm wesenfeindlich erscheinen. Aus dieser Ablehnung heraus entwirft er sich, ohne sich der vollen Logik bewußt zu sein, daß seine Entzweiung einer Regierung gilt, in der seine Freunde Schiele, v. Reuders, Bergt und noch den Ton angeben.

Vielleicht muß in den Dörfern erst eine neue Generation heranwachsen, die lernt, daß das Zeitalter des isolierten Bauernhofes und der Gefinordnung endgültig aufgehoben ist.

Bleibt der Kleinbauer. Es darf nicht übersehen werden, daß auch er zu Tausenden im Seerlager des Landbundes steht und dessen Wahlmanifestationen mitmacht. Er ist verbittert. Er rackert sich ab. Er darft. Trotzdem kommt er nicht voran. Regen verdarb das Korn. Die Wästen sind hoch. Die Schweinepreise waren miserabel, er hat Geld dabei zugelegt. Schulden beim Kaufmann. Die Sparkasse freit hohe Zinsen. Bargeld ist rar geworden. Eine Reihe von Landbündgenossenschaften hat infolge skandalöser Betriebsführung Bankrott gemacht und fordert nun die Poststempel ein. Sollte es nicht doch stimmen, was das Kreisblatt jeden Tag schreibt: die Republik ist unser aller Glend?

Was weiß der Kleinbauer vom neuen Staat? Drohen ihm nicht im Zeitalter der Presse und der Organisationen Degenberg und der Landbund erneut zum Leibeigenen, zum geistig Hörigen zu machen?

Kümmert ihm die Wahrheit ein: wie das Industriekapital ihm seinen Kunstdünger, seine Maschinen, seine Geräte verteuert. Wie das Bankkapital seine Spargelder verzehrt hat und sich an Wucherzinsen mästet. Wie das

### Landbundterror Die Bullen als Helfer

Weimar, 20. März. (Fig. Drahtber.) Vor einigen Tagen berief der Zentralvorstand der Christlich-nationalen Bauernpartei, Gutbesitzer Baum, eine Landbünderversammlung für Thüringen in Thüringen mit der Drohung ein, daß das Nichterscheinen bestraft würde. Diese Versammlung hat eine Resolution gefaßt, die den Gipfel aller bisherigen Landbünddrohungen darstellt. Darin heißt es u. a.:

1. Wir üben äußerste Zurückhaltung im Verkehre mit Nichtmitgliedern, da wir es als ehrenrührig ansehen, heute nicht dem Landbund anzugehören.
2. Wir leisten Nichtmitgliedern, auch wenn sie zur Nachbarschaft oder Verwandtschaft gehören, keinerlei Gefälligkeitsleistungen mehr.
3. Nichtmitgliedern leisten wir keinerlei Forderungen, weder Geld- noch Pensionsforderungen (s. B. bei Hochzeiten, auch nicht für Geld).
4. In Brandfällen leisten wir nur Hilfsarbeiten. Die übrigen Hilfsmaßnahmen unterlassen wir grundsätzlich und unter allen Umständen.
5. Handwerker, soweit diese im Nebenberufe Landwirte sind, aber nicht dem Landbund angehören, beauftragen wir nicht mehr mit der Durchführung von Arbeiten.
6. Wir besuchen in Zukunft nur noch solche Geschäftsführer, deren Inhaber oder Väter Mitglieder des Landbundes sind.
7. Das Sprunggeld für Bullen wird für Nichtmitglieder in jedem Falle um 50 v. H. erhöht, soweit nicht andre Bestimmungen diesem Beschlusse entgegenstehen.

Diese Beschlüsse gelten als letzte Mahnung an alle Nichtmitglieder des Landbundes, sich unserer Bewegung anzuschließen. Wir werden jeden, der sich nicht bis zum 1. April unserer Bewegung angeschlossen hat, in der Landbünd-Zeitung veröffentlichen. Ebenso veröffentlichen wir, daß ein jeder Landwirt, der jetzt oder später austreten sollte, in der Thüringischen Landbünd-Zeitung veröffentlicht wird.

Der demokratische Innenminister des Reichstages Thüringen erklärte, über diese heuchlerischen Drohungen zur Rede gestellt, daß er nichts gegen sie einzuwenden habe. Auch Parteien hätten auch schon dazwischenliegende Erklärungen ausgesprochen.

Verständliche thüringische Kreisoberleitungen haben für Vollstreckungsbeamten beim Ministerium des Inneren politischen Schutz angefordert, da sich die Landbündparole „Keine Abgaben mehr zu zahlen“ schon fühlbar auswirkt.

### „Wir sind alle zahlungsunfähig!“

(Zwischenruf des deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten und Rittergutsbesizers Diehe.)



„Verschwinden Sie, Herr Steuerernehmer. Sehen Sie nicht, wie zahlungsunfähig wir sind?!“